

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Wirtschaftszeitung. 1922-1943 1928

20 (20.10.1928)

BADISCHE WIRTSCHAFTS-ZEITUNG

Herausgeber: Handelskammersyndikus Dr. Krienen, Karlsruhe i. B.

8. Jahrg.

Erscheint monatlich 2 mal

Nr. 20

Kohlen, Koks, Briketts

für

Industrie und Hausbrand

Menzinger-Fendel

Transportgesellschaft m. b. H., Karlsruhe i. B.

Kohlen-Abteilung

Telephon 5883/84 — Telegrammadresse: Fendelkohle — Büro: Kaiserstraße 96

Bad. Treuhandgesellschaft A.-G.

Gegründet 1910

KARLSRUHE i. B.

Erbprinzenstr. 31 — Tel. 4602 u. 3941

FREIBURG i. Br.

Kaiserstr. 89 II — Tel. 4440

KONSTANZ

Obere Laube 8 — Tel. 911

Mitglied des Verbandes Deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften e. V., Berlin

Bankkonten: Rhein. Creditbank, Niederl. Karlsruhe, Dresdener Bank, Niederl. Freiburg, Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 4833

übernimmt: Revisionen, Bilanzierungen, Kalkulationen, außergerichtliche Vergleiche, Gutachten, Organisationen, Steuerberatungen, Buchführungen, Ausarbeitung von Verträgen, Verwaltungen aller Art

Geschäftsstelle Karlsruhe i. B.

Gottesauer Straße 10

Telephon 1432

Auf Wunsch unverbindlicher Vertreterbesuch

Auskunftei Creditschutz

GOLDHAGEN & HOLZAPFEL

liefert

Auskünfte zu Reichsmark 1.—

Direkter Verkehr mit unseren Korrespondenten der ganzen Welt

Große Zeit- und Geldersparnis gegenüber anderen Auskunfteien



KARL DÜRR, Holz- und Kohlenhandlung

Degenfeldstr. 13

Telephon Nr. 499



ANZEIGEN

in der Badischen Wirtschaftszeitung
haben den größten Erfolg!

Otto Marx,

beerdigter Bücherrevisor u. kaufm. Sachverständiger

für den Bezirk der Handelskammer Karlsruhe (Baden)

Badischer Handelshof, Fernsprecher 4762.

Revisionen / Buchanlagen / Steuerberatungen / Gutachten /
Sanierungen / Gerichtliche und außergerichtliche Vergleiche /
Liquidationen / Vermögens- und Hausverwaltungen.

Triumph

Die einzige mit Setztastatur u. Lösch-
taste ausgestattete Strapazier-

Schreibmaschine



Die kleine Merz für Büro u. Reise
Preis nur RM. **248**

Orga-Privat-Schreibmaschine
Preis nur RM. **165**

Vorführung ohne Kaufzwang
Zahlungsbed. nach Übereinkunft
Weitestgehende Garantie
Prospekte auf Wunsch

Georg Mappes, Karlsruhe

Tel. 2264 — Karl-Friedrich-Str. 20

Karlsruher Maschinenöl-Import Jacob Bahm, Karlsruhe

Fernsprecher 877. — Gegründet 1883. — Drahtanschrift Ölimport Bahm.

Älteste leistungsfähige Spezialfirma der Branche am Platze für

Autoöle, Maschinen-, Motoren- und Zylinderöle, kons. Fette, Autogetriebefette
und sonstige Spezialöle und Fette.

Steuerberatungen für größere Fälle

Bilanz- und Bücherrevisionen

Einrichtung und Überwachung von Buchführungen

übernimmt

W. Grimm

Bücherrevisor u. Steuerberater

Langjährige Erfahrung als amtlicher

Buchprüfer beim Landesfinanzamt

Nowackanlage 6

Telephon 3128

Alle Drucksachen

für Gewerbe, Handel und In-
dustrie, von der einfachen
Geschäftskarte bis zum luxur.
ausgestatteten illustr. Katalog,
liefert in gediegener Aus-
führung zu äußerst günstigen
Bedingungen



C.F. Müller, Karlsruhe

Ritterstraße 1

Fernruf 297 u. 1923

In der

Autofahrschule

PH. SCHARMANN, KARLSRUHE

Durlacher Allee 105 / Telephon 5070

werden Sie gewissenhaft theoretisch und praktisch ausgebildet.

Mäßige Preise

Kursbeginn jederzeit.

Karlsruher Speditionsgesellschaft

m. b. H.

Karlsruhe i. B.

Kriegsstraße 3 / Hauptgüterbahnhof

Fernsprecher Nr. 4949 u. 4950

Filiale: **Wintersdorf**, Hauptstraße 118

Fernsprecher Nr. 521

Internationale Transporte

Badische Wirtschafts-Zeitung

zugleich Mitteilungen der Handelskammer Karlsruhe und des Vereins Karlsruher Börse

Sämtliche die Redaktion betreffenden Sendungen sind zu richten an die Geschäftsführung der Handelskammer Karlsruhe, Karlstraße Nr. 10, Fernsprecher: 4510/4515 — Alle den Anzeigenteil, Abonnementsbestellungen und Versand betreffenden Sendungen an die Geschäftsstelle der Bad. Wirtschafts-Zeitung, Karlsruhe, Ritterstraße 1, Fernsprecher 297.

8. Jahrgang

KARLSRUHE, 20. OKTOBER 1928

Nummer 20

Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags.

Der Hauptausschuß des Deutschen Industrie- und Handelstags trat am 4. Oktober 1928 unter dem Vorsitz des Präsidenten Franz von Mendelssohn nach der sommerlichen Pause erstmals wieder zusammen. Oberbürgermeister Dr. Most, Erster Syndikus der Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel, behandelte das Bevölkerungsproblem im Zusammenhang mit der Wirtschaft. Unter Benutzung eines weitreichenden Tatsachenmaterials gab er ein Bild von der tiefgreifenden Verschiebung, die sich im Bevölkerungsschwergewicht der ganzen Welt (zuungunsten Europas, zugunsten namentlich Amerikas und Asiens) und nicht minder im Gesamtgefüge Europas (zuungunsten der germanischen und zugunsten der slawischen Bevölkerung) vollzogen hat. Ihr läuft parallel die Verschiebung des europäischen und des deutschen Anteils an der Weltproduktion und am Welthandel. Die Qualitätsunterschiede der Völker verwischen sich immer mehr. Der Vorgang, daß Europa zunächst die übrigen Erdteile europäisierte, um sie dann zum Gegner und Konkurrenten zu haben, droht sein tragisches Schicksal zu werden. Die entscheidende Ursache dessen ist die verschiedenartige Gestaltung der natürlichen Bevölkerungszunahme. In Deutschland hatte die Geburtenziffer 1876 mit über 40 Promille ihren Höhepunkt erreicht, um dann bis zur Vorkriegszeit auf 27 bis 30 zu sinken. Noch bis wenige Jahre vor dem Kriege wurde der Geburtenrückgang aber durch stärkere Minderung der Sterblichkeit ausgeglichen. Der natürliche Bevölkerungszuwachs (Geburten weniger Sterbefälle) stellte sich noch auf rund 800000 jährlich. Nach dem Kriege ist die Geburtenziffer auf (1927) zwischen 18 und 19 Promille, der absolute Geburtenüberschuß auf rund 400000 gesunken. Damit ist ein Punkt erreicht, der ein weiteres Wachstum des deutschen Volkes in Frage stellt. Bei auch nur mäßigem Fortgang der Entwicklung ist ein Sinken der Bevölkerungsziffer fast schon mathematisch vorauszusehen. Wenn demgegenüber vielfach von einer „Übevölkerung“ Deutschlands gesprochen wird, d.h. von einem Mißverhältnis zwischen Produktionsmöglichkeiten und Konsumbedürfnis, und zum Beweis namentlich der Stand der Arbeitslosigkeit herangezogen wird, so wird verkannt, daß diese, abgesehen von mit der Bevölkerungsziffer gar nicht in Verbindung stehenden Faktoren, nicht in der Bevölkerungszahl, sondern in der durch die Kriegsverhältnisse hervorgerufenen ungünstigen Geschlechtsgliederung des deutschen Volkes, infolgedessen verstärktem Vordringen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in einer gegen früher wesentlich veränderten Altersgliederung (übermäßiger Anteil der im produktivsten Alter stehenden, auf den Arbeitsmarkt drückenden Altersschichten) ihren Grund findet. Diese beiden letzten Momente werden sich im Laufe der kommenden Jahre von selbst ausgleichen. Auf der anderen Seite aber fehlt bereits der Nachwuchs, und es läßt sich schon einigermaßen sicher voraussagen, wann der heutige Arbeiterüberfluß in einen Arbeitermangel umschlagen wird. Der Redner gab dazu im einzelnen

das zahlenmäßige Beweismaterial. Die Wirkungen einer solchen Entwicklung liegen auf der Hand. Die Ursachen sind nicht, wie mannigfach behauptet, in der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu suchen, denn die seit 1876 sinkende Kurve hat sich eindeutig in dieser Richtung bewegt, gleichgültig, ob die wirtschaftliche Konjunktur sich günstig oder ungünstig gestaltete. Die früher beliebte „Wohlstandstheorie“ irrt ebenso wie die heutige „Elendstheorie“. Der wesentliche Grund liegt in der seelischen Umstellung des Volkes, die schon vor dem Kriege begonnen, nach dem Kriege aber sich erheblich verstärkt hat. Die Möglichkeit, die heutige, nach unten gerichtete Kurve ins Gegenteil zu verkehren, sieht Dr. Most als nicht sehr groß an, trotzdem natürlich auch in dieser Beziehung alles getan werden muß. Doch hatten bislang auch in anderen Ländern gesetzgebende, sozialpolitische und ähnliche Maßnahmen wenig Erfolge, womit gegen die Pflicht, kinderreiche Familien vor Elend zu bewahren, nicht das geringste gesagt sein soll. Die schwierige Aufgabe Deutschlands ist es, eine vor allem wegen ihrer eigenartigen Zusammensetzung heute als Last empfundene Bevölkerungsmenge zu tragen, ohne gleichzeitig die Gefahr einer dauernden Untervölkerung in der Zukunft auf sich zu nehmen. Vor Massenauswanderung ist, als das nationale Kräfte-reservoir stark schädigend, zu warnen. Andererseits wird jede vernünftige, die Beschäftigungsmöglichkeiten erweiternde Wirtschafts- und Steuerpolitik den Übergangszustand erleichtern. Größtes Gewicht legt der Vortragende auf alle Bestrebungen, die geminderte Zahl der Menschen zu kompensieren durch Erhöhung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Menschen. Hier eröffnen sich weite Gebiete auch gerade im Interesse der Wirtschaft. Die Erhöhung des Durch-

Man verlange ausdrücklich
die Marke



**Heibaerka
Edelkirsch**

HEINRICH BAER & SÖHNE
KARLSRUHE/B.

schnittslebensalters der männlichen Bevölkerung in Deutschland während der letzten 50 Jahre von 36 auf 56 Jahre zeigt die Richtung, wie ein solcher Ausgleich gewonnen werden kann. Fürsorge- und Gesundheitspolitik, Siedlungsfürsorge, Sozialfürsorge (bei der freilich viel mehr, als meist geschieht, die Frage nach der besten „Rentabilität“ der aufgewandten Mittel zu prüfen ist), Förderung der Berufsausbildung und damit der fachlichen Qualität, Unterstützung des Kampfes gegen Geschlechtskrankheiten, gegen die sich immer mehr verbreitenden Geisteskrankheiten und einen übermäßigen Alkoholismus bieten die Aussicht, durch Kräftigung der vorhandenen Leben den Verlust an Lebenszuwachs wenigstens etwas zu paralysieren. Ebenso nachdrücklich, wie Most die Übertreibungen der Abstinenzler und die mancherlei verfehlten Vorschläge (wie Gemeindebestimmungsrecht und Maßnahmen nach amerikanischem Muster) ablehnte, trat er für positive Unterstützung der Bestrebungen auf Sicherung der Jugend gegen den Alkohol (alkoholfreie Jugendzucht) ein.

Der außerordentlich lebhafte Beifall, mit dem der Vortrag aufgenommen wurde, ließ erkennen, daß die Versammlung sich dessen bewußt war, daß es sich hier nicht nur um eine Frage von höchster nationalpolitischer Bedeutung handelt, sondern um ein Problem, an dessen aktiver Behandlung im einzelnen die Wirtschaft der Gegenwart mit Rücksicht auf die Wirtschaft der Zukunft nicht vorübergehen darf.

Auf Grund eines Vortrags des Ersten geschäftsführenden Präsidialmitglieds, Dr. Hamm, wurden sodann die nächsten wirtschaftspolitischen Fragen und Aufgaben besprochen. Dabei ergab sich Übereinstimmung über die gegenwärtige Wirtschaftslage, die eine starke Widerstandskraft zeigt, freilich aber mehr als je möglichste Schonung gegenüber übersteigter Belastung und ruhige Führung verlangt, um Kapitalbildung zu ermöglichen und Deutschland wieder in stärkerem Maße zu einem Lande wettbewerbsfähiger Produktionslasten zu machen. Zu den Beratungen des Hamburger Kongresses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bei denen in bemerkenswerter Weise die Notwendigkeit organischer Entwicklung und der Zusammenhang zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik anerkannt wurde, wurde hinsichtlich der Forderung der „Wirtschaftsdemokratie“ darauf hingewiesen, daß bereits jetzt die vielfältige staatliche Tätigkeit, die die Wirtschaft beeinflusst, einen ausgesprochen demokratischen Charakter trägt und von wirtschaftlicher Autokratie in der Zeit der Tarifverträge, Betriebsräte, Schiedssprüche, Kartellaufsicht nicht gesprochen werden kann. Dabei dürfe über Wandlungen in der kapitalistischen Wirtschaft, die eine Richtung zu größeren Gemeinschaften aufweisen, nicht verkannt werden, daß diese Entwicklung große Teile der Wirtschaft unberührt lasse und auch innerhalb ihres Bereiches die privatwirtschaftlich-individualistische Einstellung zwar beeinflussen, aber nicht ausschalten könne. Mehr als je komme es deshalb darauf an, ihre Kräfte persönlicher verantwortlicher Betriebsleitung zu stärken, um durch sie zu volkswirtschaftlichen Höchstleistungen zu kommen. Der Betrieb der öffentlichen Hand sei daher nicht als einer höheren Wirtschaftsstufe angehörig anzusehen, vielmehr sei die geschichtliche Grenzlinie auch weiter einzuhalten; wo der öffentliche Betrieb eingeführt sei, sei Publizität und gleiches Steuerrecht notwendig. Begrüßt wurde, daß in der Kartellpolitik sich eine Übereinstimmung dahin anzubahnen scheint, die nützlichen Wir-

kungen von Kartellen anzuerkennen, in der Hemmung schädlicher Wirkungen aber eine übertrieben kontrollierende Kartellaufsicht fernzuhalten und die Aufgabe des Staates, Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen zu hemmen, mit bestimmteren Rechtsgarantien zu umgeben. Auf dem Gebiete des Arbeitsrechts wurde als unerlässlich bezeichnet, im Schlichtungswesen die Verantwortlichkeit der Parteien wieder zu stärken. Dabei wurde die Überzeugung ausgesprochen, daß die staatliche und wirtschaftliche Sicherheit weiterhin die Vorsorge für eine von Parteien und Wirtschaftsgruppen unabhängige, lediglich auf Erfüllung staatlicher und volkswirtschaftlicher Notwendigkeiten verpflichtete Nothilfe zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe erfordern.

Zur Sozialversicherung wurde betont, daß die Beteiligung der Arbeitgeber und eine starke Aufsicht des Staates aufrecht zu erhalten seien, Überspannungen ausgeschaltet und die ruhige Entwicklung nicht durchbrochen werden solle.

Einmütig war man der Überzeugung, daß die Fragen der Justizreform vom Reiche mit Nachdruck in Angriff genommen und die Aufgaben der Verwaltungsreform alsbald zu bestimmten Ergebnissen geführt werden müssen. Auf dem Gebiete der Finanzpolitik wurde zum Zwecke einer sparsameren Haushaltgebarung zum mindesten die alsbaldige Durchführung der Vorschläge des Juristentags empfohlen und die Fernhaltung neuer Belastungen gefordert. Im übrigen wurden als nächste Aufgaben bezeichnet die bei der Senkung der Lohnsteuer zugesagte Senkung der übrigen Einkommensteuer, die alsbaldige Wiedereinführung der dreijährigen Durchschnittsberechnung und die Verabschiedung des Steuervereinfachungsgesetzes in einer seinem Zweck entsprechenden Fassung. Zum Finanzausgleich wurde die Notwendigkeit betont, die Zuweisungen an die Länder unter loyaler Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse in einer den Gesamterfordernissen besser entsprechenden Weise abzugrenzen. Trotz erheblicher Besorgnisse wurde es als notwendig bezeichnet, auf dem Wege von Zuschlägen zur Einkommensteuer unter einer sozial angemessenen Verbreiterung der Beitragspflicht wieder zu stärkerer finanzieller Selbstverwaltung zu kommen.

Einmütig kam die Auffassung zum Ausdruck, daß die Lage der deutschen Wirtschaft ernst bleiben wird, und nur unter einer maßvollen, Experimente vermeidenden Staatsführung die Schwierigkeiten überwunden werden können. Gerade wenn Verhandlungen über die endgültige Lösung der Reparationsfrage einsetzen sollten, wird es notwendig sein, die Kräfteverhältnisse der Wirtschaft wie ihre internationale Abhängigkeit klar zu erkennen und danach bewußt zu handeln.

Weiter berichtete Syndikus Jacobowsky (Hamburg) über die vom Einzelhandelsausschuß ausgehenden Vorschläge zur Änderung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, die, auf das knappste Maß begrenzt, ihre Rechtfertigung insbesondere in der damit bezzielten notwendigen Klärung der Rechtslage finden. Die Vorschläge zur Änderung der Ausverkaufsparagraphen sollen Unklarheiten beseitigen, die eine Verwirrung in der Rechtsprechung herbeiführen.

Des weiteren sollen die amtlichen Berufsvertretungen von Handel und Gewerbe ermächtigt werden, Einigungs- und Schiedsämter für Sachen des unlauteren Wettbewerbs zu errichten, die, grundsätzlich auf dem Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit sich aufbauend, mit Erscheinungspflicht ausgestattet werden sollen. Der Kläger soll

MONINGER BIER

Wahlweise das Einigungs- und Schiedsamt oder das ordentliche Gericht in Anspruch nehmen können; dadurch und durch eine weitgehende Berufungsmöglichkeit zum ordentlichen Gericht soll eine lebendige Eingliederung in die

allgemeine Rechtsprechung hergestellt und gleichzeitig für die vielfach wechselnden Formen des Wettbewerbs die Geltendmachung der Anschauungen des realen Handels gesichert werden.

Nachrichten für Handel und Industrie.

Verkehr.

Fortgang der Rationalisierung bei der Deutschen Reichspost.

Trotz jahrelanger Versuche und Prüfungen hatte sich bisher für die Reichspost noch keine Möglichkeit gezeigt, für ihren Betrieb die bereits anderwärts mit Vorteil verwendeten Lochkartenmaschinen nutzbar zu machen. Jetzt ist es, wie wir hören, gelungen, diese neuzeitliche Errungenschaft auch den besonderen Erfordernissen der Reichspost anzupassen. Der Abrechnungsdienst umfangreicher Rechenstellen ist das erste Arbeitsgebiet, auf dem die Verwendung von Lochkartenmaschinen erprobt werden soll; weitere Arbeitsgebiete sollen folgen. Die Deutsche Reichspost erwartet von der Umstellung wesentliche geschäftliche Erleichterungen und damit eine auch finanziell ins Gewicht fallende Verbesserung ihrer Einrichtungen. (Aus den „Verkehrsnachrichten für Post und Telegraphie“.)

Sitzung des Arbeitsausschusses des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost.

Der Arbeitsausschuß des Verwaltungsrats der Deutschen Reichspost beriet in seiner Sitzung vom 28. und 29. September mehrere wichtige Vorlagen. Er stimmte insbesondere der Herabsetzung von Fernsprechtspreisen zu, wonach die Bezahlung einer Mindestzahl von Ortsgesprächen für jeden Hauptanschluß nicht mehr verlangt, der einmalige Apparatbeitrag für neue Haupt- und Nebenanschlüsse herabgesetzt wird und die Zahlung eines Zuschusses bei gemeindlichen öffentlichen Sprechstellen künftig wegfällt. Verschiedene Änderungen der Postordnung fanden seine Billigung. Danach soll ständigen Abholern für jedes abgeholte Paket eine Vergütung von 10 Reichspfennig gezahlt und den Empfängern von Nachnahmekarten vor der Einsendung die Einsichtnahme gestattet werden. Die Wertgrenze für unversiegelte Wertpakete wird von 100 Reichsmark auf 300 Reichsmark herauf- und die Bearbeitungsgebühr von 25 Reichspfennig auf 10 Reichspfennig herabgesetzt. Ferner erklärte sich der Arbeitsausschuß mit dem Nachtrag zum Voranschlag der Deutschen Reichspost für 1928 einverstanden, der die geldliche Auswirkung dieser Maßnahmen und außerdem Deckung für die am 1. April eingetretenen Erhöhungen der Tarifröhne für Angestellte und Arbeiter sowie eine Verstärkung der Mittel für technische Einrichtungen enthält. (Aus den „Verkehrsnachrichten für Post und Telegraphie“.)

Verlängerte Aufbrauchsfrist für unvorschriftsmäßige Ansichtskarten.

Obwohl für den Aufbrauch vorhandener Bestände an Ansichtskarten, die auf der rechten Hälfte der Vorderseite oder von der linken auf die rechte Hälfte hinüberlaufend kurze gedruckte Angaben und Vermerke tragen (z. B. Firmenangaben in kleinem Aufdruck, Geschäftszahlen, Teile von Schutzmarken usw.), eine Frist von drei Jahren, laufend bis 31. Dezember 1928, gewährt worden ist, sind noch immer erhebliche Bestände an solchen Karten vorhanden. Die Aufbrauchsfrist ist daher nochmals bis 31. Dezember 1929 verlängert worden. Voraussetzung für die Zulassung bleibt nach wie vor, daß

die Deutlichkeit der Anschrift durch derartige Aufdrucke nicht beeinträchtigt wird. (Aus den „Verkehrsnachrichten für Post und Telegraphie“.)

Absenderangaben auf Paketen.

Bei Paketen mit Wettbewerbsarbeiten war seit Anfang 1928 versuchsweise auf die Absenderangabe verzichtet worden, damit dem Preisgericht der Name des Einsenders nicht vor der Entscheidung bekannt werden sollte. Das Verfahren ist nunmehr endgültig eingeführt worden. Es genügt also, wenn die Sendungen mit dem Vermerk „Wettbewerbsarbeit. Absenderangabe im Paket“ versehen sind. (Aus den „Verkehrsnachrichten für Post und Telegraphie“.)

Plombenverschluß der Eisenbahngüterwagen.

Wie dem Deutschen Industrie- und Handelstag mitgeteilt wird, sollen statt der zurzeit zur Sicherung der Wagenladungen zugelassenen Bleiplombenverschlüsse und Blechstreifenverschlüsse (Tyden-Patent-Siegel) künftig einheitlich nur noch Bleiplombenverschlüsse zugelassen werden. Die Aufbrauchsfrist für Blechstreifenverschlüsse (Tyden-Patent-Siegel) wurde vorerst bis zum 30. Juni 1929 verlängert.

Diese Absicht der Reichsbahn begegnet, wie man hört, in Kreisen der Verfrachter lebhaftem Widerspruch, da die Erfahrung gezeigt hat, daß die vielfach zur Verwendung kommenden Verschlüsse aus Stahlblech eine absolute Sicherheit gegen unauffälliges unbefugtes Öffnen der Wagen bieten, letzteres vielmehr nur unter Zerstörung des Streifens möglich ist, während Bleiplombenverschlüsse ohne sichtbare Spuren geöffnet und wieder geschlossen werden können.

Auf eine Eingabe aus Interessentenkreisen, die Blechstreifenverschlüsse auch weiterhin zuzulassen, hat die Reichsbahndirektion Hannover als geschäftsführende Verwaltung des Deutschen Eisenbahn-Verkehrsverbandes erwidert, langjährige Versuche mit den verschiedensten Verschlussarten hätten ergeben, daß die Bleiverschlüsse allen Anforderungen des Abfertigungs- und Beförderungsdienstes am besten entsprächen. Ein Bedürfnis, noch andere Verschlussarten zuzulassen, bestehe daher nicht.

Die Blechstreifen und ähnliche Verschlüsse seien seinerzeit lediglich aushilfsweise unter dem Zwang des Mangels an Bleimetall als Ersatzverschlüsse eingeführt worden. Wollte man nach Ablauf der Aufbrauchsfrist für Blech-



Es schmeckt!

So begeistern die Weine u. Schnäpse von

Max Homburger

Karlsruhe i. B. — Telefon 340

streifenverschlüsse allgemein wieder dazu übergehen, andere Verschlusarten als die von der Eisenbahn benutzten Bleiplomben zuzulassen, so würden die Firmen, die sich mit der Herstellung von Verschlüssen befaßt haben oder noch befassen, dringend um die Zulassung von neuen Verschlusarten nachsuchen, und eine Flut von Angeboten auf die verschiedensten Verschlusarten würde die Folge sein. Anscheinend sei die Forderung auf Zulassung von Ersatzverschlüssen lediglich auf das Drängen der Hersteller zurückzuführen.

Je mehr Arten von Verschlüssen aber im Verkehr seien, um so geringer werde die Aufmerksamkeit, die die Bediensteten den Wagenverschlüssen schenken, und um so mehr wachse die Gefahr der Unregelmäßigkeiten, die durch den Verschluß der Wagen verhütet werden sollen. Die Vielgestaltigkeit der Verschlüsse würde zudem dem Streben nach Vereinheitlichung im Betriebe widersprechen. Bei dieser Sachlage müsse die Eisenbahn den größten Wert darauf legen, daß nur eine Verschlusart, und zwar die seit Jahrzehnten erprobte Bleiplombe mit gewelltem Draht verwendet werde.

Nachdem diesen Ausführungen der Reichsbahndirektion Hannover aus Kreisen der Verfrachter Widerspruch entgegengesetzt worden war, hat diese die Frage, ob noch andere Verschlüsse als Bleiplomben künftig zugelassen werden sollen, einer nochmaligen Prüfung unterzogen.

Die Handelskammer ersucht diejenigen Firmen, die andere als Bleiplombenverschlüsse verwenden, um Stellungnahme bis zum 1. Dezember 1928.

Deutsche Flugspende.

Wie wir vom Deutschen Luftfahrt-Verband e. V. erfahren, wird die Sammeltätigkeit zugunsten der „Deutschen Flugspende“ mit amtlicher Genehmigung bis Ende dieses Jahres fortgesetzt. Wir werden von dem Verband gebeten, im Kreise unserer Mitglieder die „Deutsche Flugspende“ nochmals in empfehlende Erinnerung zu bringen. Wie bekannt, sollen die Erträge der Sammlung vor allen Dingen dazu beitragen, die den deutschen Flugsport beengenden Bestimmungen des Pariser Luftfahrtabkommens vom Mai 1926 zu mildern und durch die Heranschaffung privater Mittel die Möglichkeit bieten, begabten, aber minderbemittelten jungen Leuten die fliegerische Ausbildung zu gestatten. Das allgemeine wirtschaftliche Interesse an dem weiteren Ausbau des deutschen Flugwesens dürfte keinen Zweifel unterliegen. Trotz der Fesseln von Versailles und der überaus schweren Belastung durch Reparationsleistungen und Dawesgutachten, trotz der nach wie vor schwierigen Lage von Handel und Industrie, will der Deutsche Luftfahrt-Verband durch die „Deutsche Flugspende“ erreichen, daß Deutschland durch einen gut geschulten Nachwuchs seine achtungsgebietende Stellung in der Weltverkehrsfliegerei erhalten kann. Nachdem dem Deutschen Reich jede Unterstützung flugsportlicher und flugtechnischer Art verboten ist, müsse besonderer Wert darauf gelegt werden, die notwendigen Mittel von privater Seite zu beschaffen, um den Belangen des heimatischen Flugwesens gerecht zu werden. Die Industrie- und Handelskammern hätten bisher in so dankenswerter Weise die Werbung unterstützt, so daß der Deutsche Luftfahrt-Verband hofft, durch einen erneuten Hinweis auch der weiteren Mitarbeit der Kammern sicher zu sein.

Öffnen und Schließen der Schiffbrücke in Maximiliansau.

Ab 7. Oktober 1928 bleibt die Schiffbrücke in Maximiliansau wegen des Eisenbahnverkehrs für den Schiffsverkehr zu folgenden Zeiten geschlossen:

An Werktagen:			An Sonntagen:		
von	0,00 bis	6,01	von	0,00 bis	6,23
„	6,46 „	7,15	„	6,55 „	7,15
„	7,44 „	8,45	„	7,44 „	8,30
„	9,50 „	10,34	„	9,50 „	10,34
„	10,46 „	11,17	„	11,46 „	12,10
„	11,46 „	12,10	„	12,27 „	13,14
„	12,27 „	13,14	„	14,18 „	15,16
„	14,18 „	15,16	„	16,30 „	17,04
„	16,30 „	16,54	„	17,25 „	18,14
„	17,25 „	18,14	„	18,32 „	24,00
„	18,32 „	18,56			
„	19,26 „	24,00			

Da diese Angaben auch die Zeiten umfassen, während der die Schiffbrücke mit Kraftwagen passiert werden kann, sind an der Bekanntgabe alle die Firmen des Karlsruher Bezirks interessiert, die nach der Pfalz oder von ihr einen Kraftwagenverkehr unterhalten, da durch die Anpassung der Brückenbenutzung an die angegebenen Termine die Firmen Zeit und Geld sparen können.

Außenhandel.

Gemeinsame Tagung des Deutschen Industrie- und Handelstags und des Österreichischen Kammertags in Wien.

Am 21. und 22. September trafen sich in Wien Vertreter des Deutschen Industrie- und Handelstags als der Vereinigung der reichsdeutschen Industrie- und Handelskammern unter Führung des Präsidenten Franz von Mendelssohn und des Österreichischen Kammertags als der Vereinigung der österreichischen Kammern für Handel, Gewerbe und Industrie unter der Führung des Präsidenten der Kammer Wien, Friedrich Tilgner, um die vielfältigen Beziehungen zu erneuern, wie sie insbesondere vor zwei Jahren in Salzburg und im Oktober des Vorjahres beim Besuche der Vertreter des Österreichischen Kammertages in Stuttgart neu geknüpft worden waren. Neben der erwünschten Gelegenheit, die Organisation des Österreichischen Kammertags und der österreichischen Handelskammern in ihrem augenblicklichen Stand aus der Nähe kennen zu lernen, war es Hauptzweck der Tagung, bestimmte, den Volkswirtschaften beider Staaten gemeinsame Fragen zu erörtern.

Die gemeinsame Tagung befaßte sich in mehreren Ausschusssitzungen und zwei Vollversammlungen mit einer Reihe von Fachgebieten, die für die beiden Wirtschaften von besonderer Wichtigkeit sind. In der

Frage der Zollgesetze

wurde es als dringend erwünscht und selbstverständlich bezeichnet, daß die kommende Erneuerung des deutschen Zollgesetzes zugleich zur Herstellung eines gleichen Rechtes zwischen Deutschland und Österreich benützt werde, worin für die reichsdeutschen und österreichischen Wirtschaften auch die Handelskreise dritter Staaten eine große Erleichterung läge. Es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß der reichsdeutsche Entwurf sobald möglich zur Beratung vorgelegt werde, um sich darüber schlüssig zu werden, auf welche Weise die bestehenden Unterschiede der beiderseitigen Vorschriften beseitigt werden könnten. Bei den bisherigen Untersuchungen eines Teilgebietes des Zollgesetzes wurde festgestellt, daß die beiderseitigen Vorschriften in den Grundsätzen so wenig voneinander abweichen, daß die Vereinheitlichung leicht durchführbar sein dürfte. Gewünscht wird, daß schon jetzt im Verkehr zwischen den beiden Ländern eine möglichst liberale Handhabung stattfinden möge.

In der Frage der

indirekten Besteuerung

wurde vorgeschlagen, die besonderen Bedingungen für

die Angleichung mehrerer Steuern zu untersuchen. Eine Reform des veralteten und unzulänglichen Systems der österreichischen Verkehrssteuern hätte zweckmäßig durch Annäherung an das deutsche System zu erfolgen. Das gegenwärtige System der Besteuerung der Kraftfahrzeuge befriedigt weder in Österreich noch im Reiche, das Ausmaß der Steuern wird als zu hoch angesehen, so daß in beiden Staatsgebieten eine Reform nicht nur von den Wirtschaftskreisen, sondern auch von den Regierungen als notwendig angesehen wird. Anzustreben wäre die Beseitigung aller derzeit in Österreich bestehenden Gesetze, die die elektrische Energie oder andere Kraftquellen der Wirtschaft einer Besteuerung unterwerfen. Hinsichtlich der Warenumsatzsteuer wurden die Vorzüge des österreichischen Systems hervorgehoben, jedoch gleichzeitig festgestellt, daß die Annahme dieser Grundsätze im Deutschen Reiche auf große und kaum zu überwindende Schwierigkeiten stoße, weil in dem größeren deutschen Wirtschaftsgebiete die Verhältnisse völlig anders liegen als in Österreich.

In der Frage der Rechtsangleichung wurde vom Standpunkt der Wirtschaft aus verlangt, daß die Bestrebungen nach Angleichung der das Wirtschaftsleben regelnden Rechtsgebiete sich unbeschadet der Bedeutung, die dem theoretischen Studium dieser Frage zukommt, mehr als bisher auf konkrete und praktische Ziele zu richten hätte. Bei diesen Bestrebungen wäre auf die Rationalisierung der Justizpflege nicht nur im Sinne von technischen Verbesserungen des Verfahrens, sondern auch im Sinne eines Abbaues der hypertrophen Gesetzgebung und Justiz Bedacht zu nehmen, wofür auf dem Gebiete des Zivilprozesses die österreichische Gesetzgebung zweckmäßige Anhaltspunkte bieten dürfte. Von den für die Rechtsangleichung in Betracht kommenden Rechtsgebieten wären zunächst jene für eine systematische Bearbeitung auszuwählen, bei denen einerseits das Bedürfnis nach Rechtseinheit schon derzeit dringend sei und andererseits die Rechtsangleichung unter Berücksichtigung der in beiden Staaten bestehenden Verhältnisse unschwer durchgeführt werden könnte. Hier kämen zunächst in Betracht das Insolvenzrecht, das Wechsel- und Scheckrecht und das Handelsrecht.

Auf dem Gebiete der Energiewirtschaft wurden weitgehende gemeinsame Interessen Deutschlands und Österreichs festgestellt. Als Aufgabe gemeinsamer Studien wurde insbesondere eine Klarstellung darüber bezeichnet, wie den legitimen Interessen der Wirtschaft beider Staaten, besonders bei der Energieausfuhr und der Energieaufnahme, Rechnung zu tragen wäre.

Bei den Beratungen über den Fremdenverkehr wurde eine gemeinsame Arbeit der deutschen und österreichischen Handelskammern im Sinne eines aktiven Vorgehens für geboten erachtet, und zwar in der Richtung einer durchgreifenden Verbesserung aller Verkehrseinrichtungen und einer entschiedenen Förderung der beiderseitigen Verkehrswerbung.

Die finanzielle und organisatorische Verbindung zwischen der reichsdeutschen und österreichischen Industrie wurde eingehend erörtert und hierbei deren Ausbaumöglichkeiten untersucht.

Auf handelspolitischem Gebiete wurden das Zolltarifschema, der Text der Handelsverträge und deren Befristung, die Meistbegünstigung und die Senkung des internationalen Tarifniveaus durch internationale Vereinbarungen besprochen. Die Fortschritte, die auf dem Gebiete der Schaffung der einheitlichen Zolltarifnomenklatur die Arbeiten des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes und des von ihm berufenen Sachverständigenausschusses erzielten, wurden begrüßt und angeregt, zu gegebener Zeit eine gleichartige Anpassung des deutschen und des österreichischen Zolltarifschemas an das internationale Schema vorzunehmen.

August Fudickar Nachfolger

Gegr. 1871 **Karlsruhe i.B.** Gegr. 1871

Herrenstraße 18 // Telephon 462

Sämtliche Fabrik-Betriebs-Artikel

aus Gummi, Asbest, Vulkanfaser, Leder usw.

Transmissionsriemen, Schläuche usw.

Der Gedanke der fortschreitenden kollektiven Regelung wichtiger Fragen des Handels und Verkehrs wurde anerkennend begrüßt und der Wunsch nach Ausgestaltung und Anpassung von Übereinkommen ausgesprochen, soweit sie den fortschreitenden Bedürfnissen nicht mehr entsprechen.

Mit besonderer Befriedigung wurde zur Kenntnis genommen, daß eine kollektive Regelung des Fremdenrechts in absehbarer Zeit durchgeführt werden dürfte. Der Text zweiseitiger Handelsverträge wäre den Bestimmungen der Kollektivverträge anzupassen.

Hinsichtlich der Befristung der Handelsverträge wurde hervorgehoben, daß zur besseren Stabilisierung der Verhältnisse zu langfristigen Verträgen übergegangen und die Geltungsdauer der Verträge wieder in ein planmäßiges System gebracht werden sollte. Befristete Verträge sollten nicht auf eine in Jahren oder Monaten ausgedrückte Dauer, sondern mit einem bestimmten Ablauftermin abgeschlossen werden.

Die Meistbegünstigung sei nach wie vor das geeignetste Mittel in Verbindung mit mäßigen Zolltarifen und entsprechenden Tarifabreden den internationalen Handelsverkehr zu fördern. Dringend erwünscht wäre, zu einer einheitlichen Fassung der Meistbegünstigungsklausel zu kommen, die alle Meinungsverschiedenheiten und ungerechtfertigten Benachteiligungen ausschließt und die zulässigen Ausnahmen oder Bedingungen festsetzt. Es wird lebhaft begrüßt, daß der Wirtschaftsausschuß des Völkerbundes sich die Schaffung einer einheitlichen Formulierung der Meistbegünstigungsklausel zum Ziele gesetzt hat. Die Formulierung der Meistbegünstigung müsse in möglichst liberalem Sinne in der Art erfolgen, daß Zweifel und Meinungsverschiedenheiten über Inhalt und Umfang der Meistbegünstigung ausgeschlossen seien.

Die Absicht des Wirtschaftsausschusses des Völkerbundes, mit Zustimmung des Wirtschaftsbeirats nunmehr die Prüfung der Frage in Angriff zu nehmen, wie eine Senkung der Zolltarife in möglichst vielen Ländern erreicht werden könne, wurde mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis genommen.

Die Verhandlungen standen durchweg unter dem Zeichen gleichmäßiger Auffassung der Probleme beider Länder und waren getragen vom Willen zur Mitarbeit an einer weiter ausgedehnten internationalen Verständigung zur Förderung des Wirtschaftsverkehrs.

Die Tagung fand am 22. September ihren Abschluß. Am Sonntag wurden die Tagungsteilnehmer durch den Bundespräsidenten, Dr. Michael Hainisch, empfangen. Sonntag nachmittags reisten die Tagungsteilnehmer zu einer Besichtigung des obersteirischen Industriegebiets nach Leoben, Montag wurde nach Wels und von dort am Dienstag über Steyr nach Linz gefahren, von wo die Teilnehmer die Rückreise nach Deutschland antraten. (D.W.Z.)

Briefe mit zollpflichtigem Inhalt im Verkehr mit Dänemark und Belgien.

Die dänische Postverwaltung, nach deren Gebiet Briefe mit zollpflichtigem Inhalt zugelassen sind, klagt darüber, daß ihr häufig derartige Sendungen aus Deutschland zugehen, bei denen sich der vorgeschriebene grüne Zollzettel nicht auf der Aufschriftseite, sondern auf der Rückseite

Riemp-Weine

Weinbrände

Kirschwasser

sind überall beliebt!

Christian Riemp, Weinkellerei, Karlsruhe

Telephon 168 u. 169

der Sendung befindet. Hierdurch werden im Bestimmungsland ernste Unzuträglichkeiten hervorgerufen. Es liegt im dringenden Vorteil der Absender sowohl wie der Empfänger, daß bei allen Sendungen mit zollpflichtigem Inhalt der grüne Zollzettel, wie vorgeschrieben, auf der Aufschriftseite der Sendungen angebracht wird.

Nach Belgien dürfen vom 1. November an zollpflichtige Gegenstände außer in geschlossenen gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefen auch in Wertbriefen versandt werden. Die Sendungen müssen mit dem grünen Zollzettel beklebt werden.

Drucksachen nach Guatemala.

Die Postverwaltung von Guatemala hat zur Sprache gebracht, daß von deutschen Versendern in Drucksachensendungen vielfach zollpflichtige Gegenstände anderer Art unzulässigerweise aufgenommen werden mit der Absicht, die Zollgebühren zu umgehen. Die genannte Verwaltung wird fortan alle Gegenstände, die als Schmuggelware in Drucksachensendungen von ihr vorgefunden werden, beschlagnahmen. Die deutschen Absender werden, um sich vor Schaden zu bewahren, gut tun, die für die Drucksachensendungen nach dem Ausland erlassenen Versendungsregeln genau zu beachten und zollpflichtige Gegenstände nur in geschlossenen, mit dem grünen Zollzettel versehenen Briefen nach Guatemala zu verschicken. Die Postanstalten sind angewiesen worden, die offenen Sendungen nach dem Ausland, insbesondere nach Guatemala, in größerem Umfang als bisher auf ihren Inhalt zu prüfen und unzulässige Sendungen von der Beförderung auszuschließen.

Völkerbund.

Wirtschafts- und Finanzorganisation des Völkerbunds im Oktober.

Im Oktober nahm die Wirtschafts- und Finanzorganisation ihre Tätigkeit wieder auf, und zwar durch Tagungen des Sachverständigenunterausschusses für die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur, des Wirtschaftsausschusses sowie der Konferenz der Sachverständigen für Doppelbesteuerung und Steuerflucht.

Der Sachverständigenunterausschuß für die Vereinheitlichung der Zollnomenklatur trat am 8. Oktober zusammen um zum zweiten Teil der ihm übertragenen Aufgabe überzugehen, nämlich zur Aufstellung eines Entwurfs einer Musternomenklatur. Der Ausschuß wird sich mit der Eingliederung der aus mehreren Stoffen zusammengesetzten Waren und der Ersatzteile für Maschinen und Apparate in die Zollnomenklatur befassen. Auf der letzten Tagung hatten die Sachverständigen einen Entwurf zu einem Zolltarifschema ausgearbeitet, der zur Stellungnahme an die Regierungen übermittelt wurde.

Der Wirtschaftsausschuß tritt am 23. Oktober in Genf zusammen, um seine Untersuchungen über die Meistbegünstigungsklausel über das gemeinschaftliche Vorgehen zur Herabsetzung der Zolltarife, über das Dumping und über den administrativen Protektionismus fortzusetzen. Ferner soll der Ausschuß von den Auskünften

und Statistiken Kenntnis nehmen, die von seinen Mitgliedern und vom Sekretariat über die Probleme des Zuckers und der Kohle zusammengestellt worden sind. Schließlich soll der Ausschuß erwägen, welche Maßnahmen auf Grund der von der letzten Völkerbundsversammlung über die Tätigkeit der Wirtschaftsorganisation gefaßten Entschlüsse zu ergreifen sind.

Auf der Konferenz der Sachverständigen für Doppelbesteuerung und Steuerflucht soll die technische Aussprache über den vom Sachverständigenausschuß für Doppelbesteuerung und Steuerflucht ausgearbeiteten Bericht stattfinden. Dieser Ausschuß besteht aus hohen Beamten der Finanzbehörden mehrerer Länder, unter ihnen die Vereinigten Staaten von Amerika. Auf der Tagung im April 1927 wurden von ihm vier Entwürfe zu Modellabkommen ausgearbeitet; zwei Entwürfe befassen sich mit der Doppelbesteuerung (Doppelbesteuerung bei direkten, Real- oder Kopfsteuern; Doppelbesteuerung bei Erbschaftssteuern); die beiden andern Entwürfe sollen die Bekämpfung der Steuerflucht fördern (behördliche Unterstützung in Steuersachen; Rechtshilfe bei der Steuereintreibung).

Die geplante Konferenz ist das Ergebnis langwieriger Arbeiten, die sowohl von Volkswirtschaftlern als auch von Steuersachverständigen geleistet wurden. Die Regierungen wurden aufgefordert, Sachverständige zu der Konferenz zu entsenden, die darzulegen hätten, wie die Regierungen zu der etwaigen Aufnahme von Unterhandlungen oder zum Abschluß von Abkommen Stellung nehmen; die Politik der Regierung soll dabei indessen in keiner Weise festgelegt werden.

Handel.

Ausverkäufe.

Folgende Firma hat ihren Ausverkauf bei der Handelskammer entsprechend den bezirksrätlichen Anordnungen angezeigt und das Warenverzeichnis, das in unserer Geschäftsstelle zur Einsichtnahme aufliegt, eingereicht:

Firma und Wohnort	Geschäftszweig	Grund des Ausverkaufs	Beginn des Ausverkaufs	Vorauss. Ende des Ausverk.
H. Heß & Co., Durlach, Hauptstr. 32	Manufakturwaren	Übergabe des Geschäfts	13. Okt. 1928	1. Januar 1929

Verschiedenes.

Anbahnung von Geschäftsverbindungen.

Bei der Handelskammer Karlsruhe gingen die nachstehend kurz angedeuteten Zuschriften betreffend Neuanknüpfung von Geschäftsverbindungen ein. Die Schreiben können vormittags von 9 bis 12½ Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr, Samstags nur von 9 bis 1 Uhr, bei der Geschäftsstelle der Handelskammer Karlsruhe eingesehen werden. Irgendwelche Gewähr wird nicht übernommen.

Warenangebot.

1555. Dipl.-Ing. O. N. Serafinowicz, Berlin NW 40, Kronprinzenufer 21, übernimmt die Anbahnung von neuen Geschäftsbeziehungen zur U. S. S. R. (Sowjet-Union).

1556. Eine slowakische Firma in Kaschau (Tschechoslowakei) exportiert Meerrettig und Äpfel nach Deutschland. Anfragen sind an die Handelskammer in Kaschau unter Bezug auf Nr. 17567 ai 28 zu richten.

Warennachfrage.

1557. „Der Früchtehandel“, Fachorgan der Früchte- und Gemüsebranche für Deutschland, Europa und Übersee, Düsseldorf, Worringerstr. 116 am Hauptbahnhof, interessiert sich für Firmen, welche Schau- fensterkästen und Gestelle, fertige Dekorationen, Hintergründe usw. für Früchteschaukenster jeder Art anfertigen bezw. liefern.
1558. Die Firma Coopérative de la Lieutenant, Puget- Sur-Argent (Var), Frankreich, wünscht mit deut- schen Parfümeriespitzfabriken in Geschäftsverbin- dung zu treten.
1559. Die Firma Blokenia, Bioloski i Kemicki Proizvodi, Zagreb (Jugoslawien), Hatzova Ulica 25, interessiert sich für Vertretungen deutscher Fabriken der chem.- techn. und kosm. Branche.
1560. Die Firma Yazidji Zade Moustapha Chemoun in Stambul (Türkei), Germania Han No. 8—9, über- nimmt deutsche Vertretungen aller Art für die ganze Türkei.
1561. Die Firma Irving Hinerfield, 434 Broadway, New York, interessiert sich für deutsche Vertretungen. Die Firma ist beim Import- und Exporthandel ein- geführt.
1562. Die Firma American Cuttlefish Bone & Crucible Co., 75 Cliff Street, New York (NY.) USA., sucht mit Herstellern von charcoal blocks, stirrers usw. in Geschäftsverbindung zu treten.

Vertretergesuche.

1563. Die Firma A. Roller, Maschinenfabrik in Berlin N 20, Prinzen-Allee 24, sucht Vertreter, welche Firmen folgender Branchen beliefern: Furnier- und Sperr- holzfabriken, Holzbearbeitungsfabriken, Möbel- fabriken, Sägewerke und verwandte Industrien.
1564. Die Privilegierte Handelsagentie des Königreichs der Serben, Kroaten und Slovenen, Berlin C 2, Spandauer Straße 42, sucht Vertreter für ge- trocknetes Obst (Pflaumen, Pflaumenmus).
1565. Die Firma Pfister & Co., Zürich, Brieffach Bahnhof, wünscht mit Maklerfirmen in Verbindung zu treten, die für den Vertrieb von Benzin in Kesselwagen in Frage kommen.

Sonstiges.

1566. Die Firma Becht & Gehringer, Internationale Spe- dition in Kehl a. Rh., wünscht mit Verbrauchern von Seide und Seidenwaren in Geschäftsverbindung zu treten. Es handelt sich um den Ausbau des Schnellverkehrs des Seidenimports aus Frankreich.

DIN — Neue Normen und Normenentwürfe.

Vom Deutschen Normenausschuß, Berlin NW 7, Doro- theenstraße 47, sind für folgende Erzeugnisse neue Nor- men aufgestellt worden. Einspruch gegen sie kann bis zu dem im nachstehenden jeweils in Klammern angegebenen Zeitpunkte eingelegt werden.

Kraftfahrzeuge: DIN KrG 501—503 und 505 Kurze, halblange und lange kegelige (1:10) Wellenstümpfe; KrK 653 und 802 Zischventile bezw. offene Spannschloß- muttern; KrM 801 Kühlerteilblöcke; DIN Kr-Vor- normen: KrL 215 Felgenprofillehren für Tiefbettfelgen; KrM 120 Kolben und Bolzen, Zuordnung der Durchmesser;

Rudolf Speidel, Karlsruhe

Mathysstraße 17, Ecke Karlstraße

Telephon 4660

Finanz-Geschäft, Immobilien-Verkehr

Besorgung sämtlicher Inkassogeschäfte

Finanzierung von Ratenzahlungsverkäufen

KrW 115 Tiefbettfelgen für Stahlseil-Niederdruckreifen; KrW 118 und 120 Hochelastische Reifen für Lastwagen bezw. Anhänger; KrW 220 Scheibenräder für Personen- wagen; KrW 319 und 320 Licht- und Anlasserbatterien in Holzkästen bezw. in Blockkästen; KrW 366 offene Tür- gelenke; KrW 371, 372, 374, 375 Schlag-, Abdeck- und Trittbrettleisten bezw. Leisten mit Einlage.

Bergbau: DIN BERG 500 Spurweiten, Schienenprofile; DIN 1251—1257 Schienen von 75 mm/7 kg bis 134/33 und Laschen. — Entwürfe, veröffentlicht in DIN-Mit- teilungen Heft 18; das Ende der Einspruchsfrist ist in Klammern angegeben: DIN E 1774 Technische Liefer- bedingungen für handelsübliches kaltgewalztes Messing- blech und -band; DIN E 1776 Messing-Vollprofile, gezogen und gepreßt (1.1.29); DIN E 5303 und 5304 Näh- maschinen-Nadeln und -Tischplatten (15. Nov.). — Verkehrstechnik Heft 36 enthält eine Anzahl Normen- entwürfe für Radsätze und Radsatzteile, Gleit- und Rollen- achslager und Blattfedern (15. Okt.). — DIN-Mitteilungen Heft 18a, Sonderheft Bergbau enthält DIN E 1250 Spurweiten; DIN BERG 531—538 leichte Förderwagen von 600, 750, 875, 1000 und 1100 Liter Inhalt, Einzelteile; DIN BERG 36 und 37 Schlauchverbindungsstücke für Berieselungsleitungen; DIN BERG 375 und 376 Einsteck- enden für Bohrhämmer und Spitzseisen für Abbauhämmer (15. Nov.).

Der Deutsche Normenausschuß, Berlin NW 7, Doro- theenstraße 47, empfiehlt Interessenten (Herstellern und Händlern dieser Erzeugnisse), die Entwürfe zu prüfen und, falls Einwendungen zu erheben sind, diese ihm in doppelter Ausführung mitzuteilen.

Mitteilungen der Karlsruher Börse.**Karlsruher Rheinhafen.**

In der Woche vom 1. bis 6. Oktober 1928 sind in Karlsruhe-Hafen

angekommen: 43 Schiffe mit Brennstoffen, 14 Schiffe Stückgut, darunter 991 t Getreide und andere Lebensmittel, 4 Schiffe mit Roheisen, 2 Schiffe mit Baumaterialien, 1 Schiff mit Holz, 1 Schiff mit Leinmehl;

abgegangen: 7 Schiffe mit Stückgut, 7 Schiffe mit Holz, 2 Schiffe mit Alteisen.

In der Woche vom 8. bis 13. Oktober 1928 sind in Karlsruhe-Hafen

angekommen: 28 Schiffe mit Brennstoffen, 13 Schiffe mit Stückgut, darunter 885 t Getreide und andere Lebensmittel, 2 Schiffe mit Roheisen, 2 Schiffe mit Baumaterialien, 3 Schiffe mit Holz;

abgegangen: 5 Schiffe mit Stückgut, 4 Schiffe mit Holz.

„Rheinunion“ Transport-Gesellschaft m.b.H.

Karlsruhe-Rheinhafen, Honsellstr. 34 :: Fernruf 6840 :: Drahtanschrift: Rheinunion Karlsruhebaden

Regelmäßiger Eildampferverkehr zwischen**Antwerpen—Rotterdam und Karlsruhe, sowie allen Rheinhäfen****Schiffahrt — Spedition — Lagerung — Massengut-Transporte**

Durchfrachtenverkehre von u. nach: Nord-, Süd- u. Mittelamerika, Engl., Frankr., allen nord. u. russ. Häfen, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Türkei, Donestaaten, Nordafrika, Ägypten, Kleinasien, Indien, China, Japan etc



Besuchen Sie den Auto-

**FAHRKURS** der **K**raft-**V**erkehrs-**G**es.

Telephon 5148 u. 5149

Gottesauer Str. 6 Autohof

Kursbeginn jederzeit

Gewissenhafte einwandfreie Ausbildung / Mäßige Gebühr**Börsenbericht vom 10. Oktober 1928.**

Produkten. — Weine und Spirituosen.

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel.

Die Marktlage in Brotgetreide ist wieder ruhiger geworden. In der Hauptsache drücken die Auslandsnachrichten, während inländisches Getreide nicht wesentlich zurückging. Mais und Hafer, ebenso die übrigen Futtermittel haben an Interesse nichts verloren. Kartoffeln bei starkem Angebot etwas billiger erhältlich.

Süddeutscher Weizen	24,00—24,50 RM.
Deutscher Roggen	22,75—23,25 „
Sommergerste, je nach Qualität	26,25—27,75 „
Futtergerste, je nach Qualität	21,00 „
Deutscher Hafer, je nach Qualität	21,75—22,75 „
Plata-Mais, bezugsscheinpflichtig	21,50—22,00 „
Weizenmehl, Mühlenforderung	34,50—34,75 „
Roggenmehl, Mühlenforderung	31,50—32,50 „
Weizenfuttermehl	16,25—16,50 „
Weizenkleie, fein	14,00—14,25 „
„ grob	13,75—14,00 „
Biertreber, je nach Qualität, deutsche und ausländische	18,50—18,75 „
Malzkeime, je nach Qualität	18,00—18,50 „
Trockenschnitzel, neue Ernte	14,50—15,00 „
Rapskuchen aus deutscher Saat, lose	19,00—19,50 „
Erdnußkuchen, lose	24,50—25,00 „
Kokoskuchen	24,25—24,75 „
Sojaschrot, Mannh. Fabr., mit Sack	22,00—22,25 „
Leinkuchenmehl, je nach Gehalts-garantie	24,75—25,75 „
Speisekartoffeln, gelbfleischig	10,00 „
„ weißfleischig	7,75 „

Rauhfuttermittel.

Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken	11,50—12,00 RM.
Luzerne, je nach Qualität	12,25—12,75 „
Weizen-, Roggenstroh, drahtgepreßt	6,00 „

Alles per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack. Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge.

Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

Abteilung Weine und Spirituosen.

Die Börse verkehrte sehr ruhig. Angesichts der Forderungen der Winzer für neue Weine hält sich der Weinhandel zurück und kauft nur, was er benötigt, von Hand zu Mund. Im übrigen sind die Verhältnisse unverändert.

Börsenbericht vom 17. Oktober 1928.

Produkten. — Weine und Spirituosen.

Abteilung Getreide, Mehl und Futtermittel. Nach vorübergehender Abschwächung im Laufe der Woche ist die Tendenz am Brotgetreidemarkt gut behauptet. Mais und Hafer zeigen besonderes Interesse. Futtermittel teilweise unverändert. Das Kartoffelangebot ist etwas schwächer geworden.

Süddeutscher Weizen	24,25—24,75 RM.
Deutscher Roggen	23,00—23,50 „
Sommergerste, je nach Qualität	26,25—27,75 „
Futtergerste, je nach Qualität	21,00 „
Deutscher Hafer, je nach Qualität	22,25—23,00 „
Platamais, bezugsscheinpflichtig	22,00—22,50 „
Weizenmehl, Mühlenforderung	34,50—34,75 „
Roggenmehl, Mühlenforderung	32,00—32,75 „
Weizenfuttermehl	16,25—16,50 „
Weizenkleie, fein	14,25—14,50 „
Weizenkleie, grob	14,50—14,75 „
Biertreber, je nach Qualität, deutsche und ausländische	19,50—19,75 „
Malzkeime, je nach Qualität	19,00—19,50 „
Trockenschnitzel, neue Ernte	15,50—16,00 „
Rapskuchen, aus deutscher Saat, lose	19,00—19,50 „
Erdnußkuchen, lose	24,50—25,00 „
Kokoskuchen	24,25—24,75 „
Soyaschrot, Mannheimer Fabrikat, mit Sack	22,00—22,25 „
Leinkuchenmehl, je nach Gehalts-garantie	24,75—25,75 „
Speisekartoffeln, gelbfleischig	10,00 „
Speisekartoffeln, weißfleischig	7,75 „

Rauhfuttermittel.

Loses Wiesenheu, gut, gesund, trocken	11,50—12,00 „
Luzerne, je nach Qualität	12,25—12,75 „
Weizen-, Roggenstroh, drahtgepreßt	6,00 „

Alles per 100 Kilo. Mühlenfabrikate, Mais, Biertreber und Malzkeime mit, Getreide und Trockenschnitzel ohne Sack. Frachtparität Karlsruhe bzw. Fertigfabrikate Parität Fabrikstation. Waggonpreise. Kleinere Quantitäten entsprechende Zuschläge.

Alle Preise von Landesprodukten schließen sämtliche Spesen des Handels, die vom Ankauf beim Landwirt bis zur Frachtparität Karlsruhe entstehen, und die Umsatzsteuer ein. Die Erzeugerpreise sind entsprechend niedriger zu bewerten.

Abteilung Weine und Spirituosen. Der Weinhandel ist nach wie vor sehr zurückhaltend angesichts der Winzerforderungen, so daß das Geschäft in neuen Weinen noch ziemlich unbelebt ist. In Edelbranntweinen ist der Verkehr ruhig.

Dalhofer & Hummel, Oststadtgarage
Essenweinstraße 68, Tel. 5677

Autofahrschule / Autoreparaturwerkstätte
Autovertretungen: Studebaker, Erskine, Hanomag-Kleinauto

Handelskammer Karlsruhe.

FIRMENANZEIGER

(Erscheint regelmäßig jeden Monat. Es empfiehlt sich, den Firmenanzeiger zu sammeln.)

Auszüge aus den Einträgen in den Handels- und Genossenschaftsregistern des Handelskammerbezirks Karlsruhe.

September 1928.

I. Handelsregister.

a) Neueintragungen.

Amtsgerichtsbezirk Achern.

Oskar Hatz, Achern. Geschäftszweig: Automobilhandlung, Reparaturwerkstätte, Vermietung von Personen- und Lastkraftwagen. Inhaber: Oskar Hatz, Mechaniker und Automobilhändler in Achern.

Amtsgerichtsbezirk Baden-Baden.

Möbelhaus Kaiserhof Johanna Kleinmann in Baden-Baden. Inhaber: Kaufmann Josef Kleinmann Ehefrau, Johanna geb. Götzl, in Baden-Baden.

Amtsgerichtsbezirk Bruchsal.

Ewald Schmidt, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bruchsal. Gegenstand des Unternehmens: Der Fortbetrieb der bisher von der Firma Ewald Schmidt verlegten und herausgegebenen „Bruchsaler Zeitung“ nebst den Kopfzeitungen für das Land sowie der Fortbetrieb der damit verbundenen Buch- und Akzidenzdruckerei. Stammkapital 30000 Reichsmark. Geschäftsführer: Ewald Schmidt, Zeitungsverleger, Ernst Berger, Kaufmann, beide in Bruchsal. Prokura: Wilhelm Konau in Bruchsal.

Amtsgerichtsbezirk Durlach.

Nold & Trau in Durlach. Persönlich haftende Gesellschafter: Josef Nold, Schlosser, und Karl Trau, Kaufmann, beide in Karlsruhe.

Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe.

Föry & Co., Karlsruhe, Am Stadtgarten 3. O. H. Persönlich haftende Gesellschafter: Anton Föry, Schreiner, Rauental, Irwin Levy, Kaufmann, Karlsruhe. Geschäftszweig: Fabrikation von Stanzklötzen und Schneidbrettern.

Knopf & Westermann, Karlsruhe, Mathystr. 35. O. H. Persönlich haftende Gesellschafter: Georg Knopf, Elektromeister, Pius Westermann, Kaufmann, beide in Karlsruhe. Geschäftszweig: Handel von Elektro- und Installationsartikeln, verbunden mit einem Installationsgeschäft.

Hüls & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe, Kaiserstr. 26. Gegenstand des Unternehmens: An- und Verkauf von Damen- und Herrenkleidung jeder Art, von Möbeln, Sprechapparaten, Nähmaschinen und Fahrrädern. Stammkapital 20000 Reichsmark. Geschäftsführer: Leo Katz, Kaufmann, Karlsruhe.

Karlsruher Papierfabrik Aktiengesellschaft, Karlsruhe, Sofienstr. 114. Gegenstand des Unternehmens: Fabrikation von Zellulose, Papier und sonstiger einschlägiger Artikel und Nebenprodukte sowie der Handel mit diesen Gegenständen. Grundkapital 50000 Reichsmark. Vorstand: Walter Reiche, Kaufmann, Karlsruhe.

Süddeutscher Gaskoks-Vertrieb, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Mannheim, Zweigniederlassung Karlsruhe, Kaiserallee 11. Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb des von der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, Gaskokssyndikat, Aktiengesellschaft zur Verfügung gestellten Gaskoks im Inland, soweit nicht das Verkaufsgebiet durch Verträge mit der Wirtschaftlichen Vereinigung deutscher Gaswerke, Gaskokssyndikat, Aktiengesellschaft begrenzt ist., Stammkapital 148020 Reichsmark. Geschäftsführer: Otto Schmeyer, Direktor, Mannheim-Feudenheim. Prokura: Karl Oberbeck, Kaufmann, Karlsruhe, Einzelprokura für den Betrieb der Zweigniederlassung Karlsruhe.

b) Veränderungen.

Amtsgerichtsbezirk Baden-Baden.

Firma J. G. Gref in Lichtental. Sitz der Firma ist jetzt Baden-Baden. Kaufmann Kaspar Siebert Witwe, geb. Gref, ist ausgeschieden. Jetziger Inhaber ist Kaufmann Hans Käppel in Baden-Lichtental; dessen Prokura ist erloschen.

Baden-Badener Tabakfabrik, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden. Der Geschäftsführer Leo Fürst ist ausgeschieden. Jetziger Geschäftsführer: Hermann Zeller, Kaufmann. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Offenburg verlegt.

A. Batschari, Zigarettenfabrik, Aktiengesellschaft in Baden-Baden. Das Vorstandsmitglied E. E. Hermann Schmidt ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Weiteres Vorstandsmitglied: Kaufmann Kurt Borg in Danzig-Langfuhr.

Rheinische Creditbank Filiale Baden-Baden. Änderung des Gesellschaftsvertrags.

Thiergärtner, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Baden-Baden. Gesamtprokura: Albert Erforth in Baden-Baden.

Amtsgerichtsbezirk Bruchsal.

J. Kruse & Söhne, Bruchsal. Carl Kruse, Kaufmann in Bruchsal, ist als persönlich haftender Gesellschafter ausgeschieden. Demselben ist Prokura erteilt.

Hermann Süß & Co., Bruchsal. Die Firma lautet jetzt: **Karl Hermann Hörner, Tabakwarenhandlung, Bruchsal.**

Vereinigte Zigarrenfabrikgesellschaft August Biedermann & Cie. in Untergrombach. August Wachter ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Weiterer persönlich haftender Gesellschafter: Albert Weih, Kaufmann in Büchenau.

Bruchsaler Treuhandgesellschaft mit beschränkter Haftung in Bruchsal. Änderung des Gesellschaftsvertrags. Gegenstand des Unternehmens ist nunmehr: 1. Allgemeine Treuhandgesellschaft, bestehend in Anlage und Verwaltung von Vermögen Dritter im eigenen Namen; 2. Fürsorge für Gläubiger bei Verlustgefahr und Schutzvereinigung gegenüber fremden Staaten und Unternehmungen (Sanierung und Pfandhalterschaft); 3. Revisionen von Büchern und Bilanzen anderer Unternehmungen; 4. Wirtschaftsberatung und Beratung in Steuer- und Vermögensangelegenheiten.

Spitz & Bechberger, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Heidelberg. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator: Friedrich Spitz, Kaufmann in Heidelberg.

Amtsgerichtsbezirk Bühl.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Bühl. Änderung des Gesellschaftsvertrags.

Amtsgerichtsbezirk Durlach.

Liebler & Heß in Durlach. Der persönlich haftende Gesellschafter Max Heß ist ausgeschieden. Alleiniger Inhaber: Friedrich Liebler in Durlach. Die Firma lautet jetzt: Friedrich Liebler.

Mathias Eder in Berghausen. Weitere persönlich haftende Gesellschafter: Herta Eder, Buchhalterin, und Hellmut Eder, Betriebsleiter, beide in Berghausen.

Eiduka Aktiengesellschaft in Durlach. Richard Löffler, Kaufmann in Durlach, ist ausgeschieden. Jetziges Vorstandsmitglied: Paul Vogel, Kaufmann in Durlach.

Drahtwerk Söllingen, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Söllingen. Der Geschäftsführer Johann Groß, Kaufmann in Söllingen, ist ausgeschieden.

Amtsgerichtsbezirk Ettlingen.

Georg Irmer & Co., offene Handelsgesellschaft, Ettlingen. Der bisherige Gesellschafter Georg Irmer ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe.

H. Bodmer, vorm. Ludwig Oehl Nachfolger, Zweigniederlassung in Karlsruhe, Hauptsitz in Eßlingen. Die Prokura des Kaufmanns Hermann Götz, Eßlingen, ist erloschen. Weiterer persönlich haftender Gesellschafter: Kaufmann Paul Schimpf, Eßlingen. Der Gesellschafter August Schimpf, Eßlingen, ist ausgetreten.

Emil Bucherer, Karlsruhe. Jetzige Inhaberin: Marie Bucherer Witwe, geb. Haueisen, Karlsruhe.

Föry & Co. in Karlsruhe. Der bisherige Gesellschafter Irwin Levi ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Karl Guhl, Karlsruhe-Mühlburg. Gesamtprokura: Richard Schmitz, Kaufmann, Karlsruhe, Karl Korn, Privatier, Knielingen.

Hansen, Neuerburg & Co., Frankfurt a. M., Zweigniederlassung Karlsruhe. Weiterer persönlich haftender Gesellschafter: Alexander Zollenkopf, Hüttendirektor, Düsseldorf.

Hugenschmidt & Herzog, Karlsruhe. Durch einstweilige Verfügung des Landgerichts — Ferienkammer für Handelssachen — Karlsruhe vom 13. September 1928 ist dem Gesellschafter Karl Hugenschmidt, Kaufmann, Karlsruhe, die Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft entzogen worden.

Kazda & Weigel, Karlsruhe. Jetziger Inhaber: Ludwig Kammerer, Kaufmann, Karlsruhe.

Heinrich Knippenberg, Karlsruhe. Die Prokura des Richard Golde und des Wilhelm Kasper ist erloschen. Die Gesamtprokura des Heinrich Knippenberg und des Wilhelm Krebs ist jeweils in Einzelprokura umgewandelt.

M. Schneider, Karlsruhe. Die Firma lautet jetzt: Hugo Kahl, Karlsruhe.

Schuhhaus Erika, Marie Weißmann, Karlsruhe. Jetziger Inhaber: Friedrich Hirschmann, Schuhmachermeister, Karlsruhe.

Leopold Wohlsehlegel, Karlsruhe. Ein weiterer Kommanditist ist eingetreten.

Zimmermann & Co., Karlsruhe. Die Prokura des Karl Zimmermann ist erloschen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist künftig nur der Gesellschafter Leopold Lautenschläger befugt.

Aktiengesellschaft für Metallindustrie, vorm. Gustav Richter, Karlsruhe. Änderung des Gesellschaftsvertrags.

Badische Bau- und Bodenbank, Zweigniederlassung der Deutschen Bau- und Bodenbank Aktiengesellschaft, Karlsruhe, Hauptsitz Berlin. Gesamtprokura: Dr. jur. Heinrich Johannemann, Berlin, Bruno Wolff, Karlsruhe.

Berlin-Karlsruher Industriewerke Aktiengesellschaft, Berlin, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Die Prokura des Johann Kirchhoff ist erloschen.

Chemische Industrie Karlsruhe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Die Firma lautet jetzt: Glasplakatefabrik Union, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe.

A. Ehresmann & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Weiterer Geschäftsführer: Hermann Scheid, Kaufmann, Karlsruhe. Die Prokura des Richard Heil ist erloschen.

„Jamaica“ Bananen- und Früchtevertriebs-Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Bremen mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Weiterer Geschäftsführer: Friedrich Carl Heesch, Kaufmann in Köln. Gesamtprokura: Emil Heinrich Weber, Kaufmann in Bremen. Änderung des Gesellschaftsvertrags.

Oberrheinische Sperrholz- und Fournierhandlung, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe. Der Sitz der Gesellschaft ist nach Freiburg verlegt.

Arthur Schenkel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Karlsruhe. Der Sitz der Firma ist nach Leipzig verlegt.

Schnellwaagenfabrik Union, Aktiengesellschaft in Karlsruhe. Rudolf von Holzer ist aus dem Vorstand ausgeschieden. Dr. Fritz Winkelströter vertritt die Gesellschaft allein. Das Grundkapital wurde auf 156000 Reichsmark erhöht.

Süddeutsche Glashandels-Aktiengesellschaft, Zweigniederlassung Karlsruhe, Hauptsitz Stuttgart. Franz Stump ist aus dem Vorstand ausgeschieden.

Süddeutscher Straßenwalzenbetrieb, Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Darmstadt, mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Der Geschäftsführer Jakob Adrian ist ausgeschieden.

Waiß & Freytag, Aktiengesellschaft in Frankfurt a. M., mit einer Zweigniederlassung in Karlsruhe. Änderung der Satzung.

Amtsgerichtsbezirk Philippsburg.

Josef Martus in Kirrlach. Die Firma ist auf Josef Martus, Kaufmann in Kirrlach, übergegangen; dessen Prokura ist erloschen. Der bisherigen Inhaberin Josef Martus Ehefrau, Marie geb. Oberer in Kirrlach, ist Prokura erteilt.

Emil H.
gese
Bäh
in C

Bauhü
tung
Feli
Rud

Möbelha
den-

Ewald S
in B

Bürger,

Gebrüde

Pauline
Süddeuts
Hafte

Georg R

Holz-Ind

Lieferung
meist
Haftp
Gegen

25 jährige

Die Fir
in Bad
rückblie
ant' Zae
reisen da
eine „V
Herste

Die da
erzogtum
nen groß
die Arme
Folge.

Aus Ur
mals sch
näftigte.
arf zurück
soßherzog
zu klein
irken, d
verlegte
farbiger
Zivilkle

Amtsgerichtsbezirk Rastatt.

Emil Haug in Rastatt. O. H. Kaufmann Emil Haug ist ausgeschieden. Persönlich haftende Gesellschafter: Karl Bährle, Architekt, und Ernst Klett, Kaufmann, beide in Offenburg.

Bauhütte Baden-Pfalz, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe, Betrieb Rastatt. Die Prokura des Felix Decker ist erloschen. Der Geschäftsführer Fritz Rudolph ist ausgeschieden.

c) Löschungen.**Amtsgerichtsbezirk Baden-Baden.**

Möbelhaus Kaiserhof, J. Götzl und J. Kleinmann in Baden-Baden.

Amtsgerichtsbezirk Bruchsal.

Ewald Schmidt, Druck und Verlag der „Bruchsaler Zeitung“ in Bruchsal.

Bürger, Tabak-Aktiengesellschaft, Bruchsal.

Amtsgerichtsbezirk Bühl.

Gebrüder Schick in Bühl.

Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe.

Pauline Brunner, Karlsruhe.

Süddeutsche Gipsindustrie, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Karlsruhe.

Amtsgerichtsbezirk Philippsburg.

Georg Rogge, Zigarrenfabrik in Neudorf.

Amtsgerichtsbezirk Rastatt.

Holz-Industrie-Aktiengesellschaft Rotenfels in Rotenfels.

II. Genossenschaftsregister.**b) Veränderungen.****Amtsgerichtsbezirk Baden-Baden.**

Lieferungs- und Einkaufsgenossenschaft der Schuhmachermeister, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Baden-Baden. Änderung des Statuts. Gegenstand des Unternehmens ist die Beschaffung der

Geschäftliches.**25jähriges Jubiläum der Firma Louis Oppenheimer in Bruchsal.**

Die Firma Louis Oppenheimer, Uniformtuche seit 1803, Bruchsal in Baden, kann in diesem Jahre auf ein 125jähriges Bestehen zurückblicken. Im Jahre 1803 errichtete der „Bürger und Fabrikant“ Zacharias Oppenheimer, ein weitblickender und in weitesten Kreisen damals sehr geachteter Mann, in Michelfeld unweit Bruchsal eine „Wollentuchfabrik“ und verlegte sich von Anfang an auf die Herstellung einfarbiger Uniformtuche.

Die damalige napoleonische Zeit, die Errichtung des Großherzogtums Baden und die nachfolgenden Kriegsjahre verursachten einen großen Bedarf an Uniformtuchen für die neu errichtete badische Armee. Ein rasches Aufblühen der gut geleiteten Fabrik war die Folge.

Aus Urkunden der Jahre 1817 und 1827 geht hervor, daß sie damals schon 200 bis 300 Leute, jedenfalls auch Heimarbeiter, beschäftigte. Mit Beendigung der Kriegszeit war natürlich der Bedarf zurückgegangen, und bald erwies sich, daß das zollumfütterte Großherzogtum Baden, das sein eigenes Kriegsministerium hatte, zu klein war, um die damals existierenden drei badischen Tuchfabriken, die inzwischen eingegangen sind, beschäftigen zu können. Verlegten sich die Söhne des Gründers auch auf die Herstellung einfarbiger blauer und grauschwarzer sogenannter Marengotuche zur Zivilkleidung. Die Güte und Haltbarkeit dieser Tuche war

zum Betrieb des Schuhmachergewerbes erforderlichen Bedarfsartikel im großen und Verkauf derselben im kleinen an die Mitglieder, überhaupt Schaffung von Einrichtungen, welche die Förderung des Erwerbs und der Wirtschaft der Mitglieder bezwecken.

III. Konkurse.**a) Eröffnungen.****Amtsgerichtsbezirk Gernsbach.**

Metzger und Wirt Albert Weiß in Hörden.

Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe.

Kaufmann Siegfried Meißner in Karlsruhe, Kaiserstr. 201, als alleiniger Inhaber der Firma Freund & Co. in Karlsruhe.

Kaufmann Karl Wendel, Karlsruhe, Rüppurrer Straße 34.

Amtsgerichtsbezirk Rastatt.

Carl Hanser, Putzgeschäft in Rastatt.

b) Einstellungen.**Amtsgerichtsbezirk Baden-Baden.**

Josef Holder, Spezereihandlung in Baden-Baden.

Amtsgerichtsbezirk Karlsruhe.

Malermeister Linus Dold in Karlsruhe, Maria-Alexandra-Straße 8.

Kappler & Keller in Karlsruhe.

IV. Vergleichsverfahren.**a) Eröffnungen.****Amtsgerichtsbezirk Achern.**

Kaufmann Adolf Flaig in Achern.

b) Aufhebungen.**Amtsgerichtsbezirk Baden-Baden.**

Eduard Heinlein Nachf., Inh. Frau Marie Kortmann in Baden-Baden.

damals in weiten Kreisen bekannt, und so ein blauer Mantel oder Anzug, wie ihn die süddeutsche Landbevölkerung trug, vererbte sich jahrzehntelang in der Familie.

Die unruhigen Revolutionsjahre 1848/49 brachten zwar vorübergehend wieder größeren Bedarf in Uniformtuchen, jedoch wurde immer mehr ersichtlich, daß die Zollschranken, die damals noch die kleinen deutschen Länder umgaben, für eine Industrie zu drückend waren, die in ihrem Absatz ganz auf die einheimische Regierung angewiesen war.

[So verlegte also ein Enkel des Gründers, Herr Louis Oppenheimer, seinen Wohnsitz im Jahre 1860 von Michelfeld nach Bruchsal, fabrizierte an beiden Orten noch weiter, außer Uniformtuchen, das sogenannte Ölpreßtuch für Ölmühlen. Als aber im Jahre 1868 die preußisch-badische Militärkonvention geschlossen wurde, durch die die kleine badische Armee in die große preußische überging, war für die in Baden noch existierenden Uniformtuchfabriken kein Boden mehr, da sie mit ihrer teuren Herstellungsweise die Konkurrenz mit den norddeutschen Fabrikanten nicht aushalten konnten. Die Firma Louis Oppenheimer blieb aber ihrer Spezialität „Uniformtuche“ auch im Großhandel treu und führte nach Süddeutschland, vor allem nach dem 1871 wieder erworbenen Elsaß-Lothringen, diese norddeutschen, bayerischen und böhmischen Uniformtuche ein. Durch außerordentlichen Fleiß, durch große Solidität und durch seine von der Pike auf erworbene Fachkenntnis verstand es Louis Oppenheimer, seiner Firma mit den Jahren auch über Süddeutschland hinaus im ganzen deutschen Reich einen Namen zu machen, und seine Söhne, die heutigen beiden Inhaber,

dehnten das Geschäft so aus, daß zu Anfang des neuen Jahrhunderts in Berlin eine Filiale errichtet werden mußte. Der Weltkrieg hat diesem Streben vorübergehend ein Ende gesetzt. Bald nach Beginn des Krieges wurden alle Uniformtuche beschlagnahmt, die Berliner Filiale mußte geschlossen werden. Der jüngere der Inhaber und alle männlichen Mitarbeiter wurden restlos zum Heeresdienst eingezogen, der Senior der Firma, Herr Jakob Oppenheimer, widmete sich mit dem zurückgebliebenen Teil des Personals vollständig der freiwilligen Kriegsfürsorge in allen ihren Arten.

Nach Beendigung des Krieges aber war das alte Stammhaus in Bruchsal wieder die erste Firma, die trotz der erzwungenen Abrüstung und trotz der vollständig veränderten wirtschaftlichen Lage die vom Urgroßvater überkommene Spezialität der einfarbigen Tuche für Uniformen und Zivil wieder aufnahm. Dank des guten alten Rufes konnte der Betrieb über ganz Deutschland und konnte auch der Export, wie früher, wieder aufgenommen werden.

Wenn sich so über fünf Vierteljahrhunderte hinaus in einer einzigen Familie die Bewirtschaftung eines einzigen Artikels von Generation zu Generation mit stetig gleichbleibendem Erfolg wach erhielt, so war das nur durch den Umstand möglich, daß durch alle Jahrzehnte hindurch das eine Prinzip immer an erster Stelle stand: Den guten Namen erhalten durch gute, solide Ware.

Es ist zu wünschen, daß der Firma auf diesem Wege auch weiterhin ein glückliches Blühen und Gedeihen beschieden sein möge.

75 Jahre Guttentag.

Am 1. Oktober 1853 gab Immanuel Guttentag seinem Verlag den Namen J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung. Fast 25 Jahre pflegte die Firma neben den Rechts- und Staatswissenschaften auch die Gebiete der Philosophie, Archäologie und schönen Literatur und zog sich erst dann in die engeren Grenzen der Rechtswissenschaft zurück. J. Guttentag starb 1862, aber sein Name wurde erhalten in der 1871 gegründeten „Guttentagschen Sammlung deutscher Reichsgesetze (als Folge der Gründung des Deutschen Reichs). Und gerade ihre innere Triebkraft war es, die die Spezialisierung auf die Rechts- und Staatswissenschaften herbeiführte und zu einem systematischeren Aus- und Aufbau des Verlags hinleitete.

Seitdem hat die Guttentagsche Verlagsbuchhandlung die bedeutendsten Juristen unter ihrer Flagge um sich scharen dürfen. Namen von dauerndem Klang in der Rechtswissenschaft leuchten auf, wenn man den Verlagskatalog durchblättert.

Als dann am 1. Januar 1919 die Firma Walter de Gruyter & Co. gegründet wurde, ging zwar die Guttentagsche Verlagsbuchhandlung in ihr auf, verlor jedoch als deren selbständige Abteilung nicht nur nicht ihre Eigenart, sondern fand glückliche Ergänzung, Festigung und Fortführung ihrer großen Tradition. Heute wie ehemals sind die Ausgaben der Guttentagschen Sammlung und die großen Kommentare der Guttentagschen Abteilung des Verlags de Gruyter & Co., Berlin, Hauptbestandteil der Bücherei eines jeden Juristen.

Reklame- und Bilder-Einrahmungen

liefert gut und billig bei bester Ausführung

E. Büchle Inh. W. Bertsch, Karlsruhe,
Kaiserstraße 132
Rahmenwerkstätte mit elektr. Betrieb / Tel. 1957

Karlsruher Vulkanisier-Anstalt J. KÜCHLER, KARLSRUHE I. B.

Amalienstraße 37. Fernsprecher 5471

**Neubereifung aller Fabrikate
Neugummierung Vollgummi**

Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft

Agentur Karlsruhe

(Rhein- und Seekonzern) Telefon 3653, 3654
Schiffahrt · Spedition · Lagerung · Export · Import · Verzollung

Regelmäßiger Eilgüterdampferdienst

vom Oberrhein nach allen Rheinstationen bis Rotterdam,
Antwerpen, Amsterdam und umgekehrt

Durchfrachten

nach der Nord- u. Ostsee, den nordischen Häfen u. England

Schleppkahnverkehr

für Massengüter aller Art nach und von den holländ.-belg.
Seehäfen mit eigenem großen Schiffspark

Übersee-Transporte

Landesbank für Haus- und Grundbesitz

Gustav Lehnert,

Bücherrevisor u. Steuersachverständiger
Telephon 3844 **Karlsruhe** Dragonerstr. 8
Steuerberatung / Büchereinlage / Beratung und sach-
gemäße Abwicklung bei Zahlungsschwierigkeiten

Leopold Schwab

vorm. Knüpfer & Schönte
Karlsruhe, Karlstr. 31

Elektr. Licht- und Kraft-Anlagen

Fordern Sie unverbindl. Kostenvoranschlag!

DURCHSCHLAGPAPIERE

Kohlepapiere
u. Farbbänder

liefert sehr preiswert

Fachhaus für Bürobedarf

Emil Ros, Karlsruhe i. B.

Karlsruher Parfümerie- & Toiletteseifen-Fabrik
F. Wolff & Sohn G. m. b. H. **Karlsruhe**
(Baden)

Zweigniederlassungen in Berlin, Wien, Basel, Mailand
Vertreter an allen Haupthandelsplätzen der Erde